

rung dieser Entwicklung im Jahre 1993. Bei einem Gesamtanstieg des Außenhandels um 18,2% entstand aufgrund des weitaus schnelleren Importwachstums von 29% (103,95 Mrd.US\$) gegenüber der Wachstumsrate der Exporte von lediglich 8% (91,77 Mrd.US\$) ein negativer Saldo von 12,18 Mrd.US\$. Die herausragende Bedeutung der Auslandsunternehmen nahm 1993 mit einem Anstieg der Exporte um 45,4% (25,24 Mrd. US\$) und der Importe um 58,6% (41,83 Mrd.US\$) weiter zu. Der Anteil der Auslandsunternehmen am Export erhöhte sich auf 27,5% und der Importe auf 40,2%. Für das Handelsbilanzdefizit 1993 werden eine Reihe von Gründen verantwortlich gemacht. So absorbierte die boomende Binnenwirtschaft einen Teil der für den Export bestimmten Produkte, während die Knappheiten bei Rohstoffen sowie die starke Nachfrage nach Maschinen und Elektronik zum Importsog beitrugen. Für 1994 wird mit einem Außenhandelsvolumen von rd. 200 Mrd.US\$, bei Exporten von rd. 100 Mrd.US\$ gerechnet.

Die Reformen im Außenhandel wurden mit Blick auf den erwarteten GATT-Beitritt weiter fortgesetzt und das Wechselkurssystem ab Anfang 1994 einen weiteren Schritt in Richtung Konvertibilität mit der Abschaffung der FEC-Sonderwährung (Foreign Exchange Certificates) und Zusammenfassung der unterschiedlichen Wechselkurse gebracht. Die rasche Zunahme der Auslandsinvestitionen zeigte den weiterhin ungebrochenen Optimismus in die mittel- und langfristigen Entwicklungschancen der chinesischen Wirtschaft. Nachdem 1992 die vertraglich zugesagten ausländischen Direktinvestitionen 58,1 Mrd.US\$ und die realisierten 11 Mrd.US\$ betragen hatten, wiesen die zugesagten Investitionen im 1.Halbjahr 1993 einen Höhe von 58,8 Mrd.US\$ und die realisierten einen Umfang von 9,4 Mrd.US\$ auf.

Im Außenhandel mit China konnte Deutschland 1993 seine Position verbessern. Da mit einem Anstieg der Importe aus China auf 13 Mrd.DM und einer Erhöhung der deutschen Exporte auf rd. 10 Mrd.DM gerechnet wird, könnte das bilaterale Handelsdefizit weiter reduziert werden. In den ersten vier Monaten nahmen die deutschen Exporte bereits um 79% zu. Die vereinbarten Lieferungen nach China anlässlich der Reise von Bundeskanzler Kohl im November 1993 können sich ab 1994 in der Handelsbilanz niederschlagen. Verbindliche Aufträge betreffen insbesondere die Bestellung von Airbusflugzeugen, Reisezugwagen und Telefontechnik sowie die Auftragsvergabe über den Bau der U-Bahn in Guangzhou (Kanton) an ein deutsches Konsortium. Während des Kanzlerbesuches wurden außerdem Absichtserklärungen über verschiedene Projekte abgegeben und eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz sowie Post und Telekommunikation vereinbart. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung in China verstärkte die Anreize zur Intensivierung der deutschen Direktinvestitionen, um hierdurch auf dem chinesischen Markt stärker präsent zu sein. Vor allem Großunternehmen wie Siemens, BASF sowie die Daimler-Unternehmen AEG, Mercedes-Benz und Deutsche Aerospace wollen ihr Engagement verstärken. Obwohl bis Ende 1992 rd. 250 Gemeinschaftsunternehmen mit deutscher Beteiligung vor allem in den Branchen Kfz-Bau, Petrochemie, Maschinenbau, Unternehmen, Handel- und Beratungsdienstleistungen gegründet wurden, liegt der bundesdeutsche Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen erst bei rd. 1%.

Sebastian Heilmann

Beijing unter Druck

Die Nachfolgefrage und die Erosion der Parteiherrschaft

Die Frage, welche Richtung die chinesische Politik nach dem Tod des "Chefarchitekten" der Reformen Deng Xiaoping nehmen könnte, beschäftigt China-Beobachter seit den achtziger Jahren und hat durch den verschlechterten Gesundheitszustand des 89jährigen kürzlich starken Auftrieb bekommen. Die folgenden Ausführungen greifen wichtige Themen dieser Diskussion auf und versuchen, mit Hilfe einer Analyse der Kräftekonstellation in der Beijinger Zentrale und einer Bestandsaufnahme der Veränderungen im politischen System den längerfristig wirksamen Entwicklungslinien nachzugehen. Es offenbart sich eine nach überlebten leninistischen Prinzipien organisierte Regierungsordnung, die trotz starker Kräfte der Beharrung unter immer größeren Wandlungsdruck gerät. Wohin der in Anlehnung an das ostasiatische Entwicklungsmodell beschrittene Weg eines marktwirtschaftlichen Autoritarismus führen könnte, ist Gegenstand der letzten Abschnitte, die sich mit Szenarien für die zukünftige politische Entwicklung Chinas beschäftigen.

I Nachfolgekrisen in der chinesischen Politik

Die Regelung der Führungsnachfolge und die damit verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen haben in der Geschichte der Volksrepublik China mehrfach zu einer Destabilisierung des politischen Systems geführt. Die unter dem Revolutionsführer Mao Zedong getroffenen Nachfolgearrangements für Liu Shaoqi, Lin Biao und Hua Guofeng wurden zum Ausgangspunkt schwerer politischer Krisen und erwiesen sich allesamt als nicht tragfähig. Auch den ersten beiden von Deng Xiaoping auserwählten Nachfolgekandidaten war kein gutes Schicksal beschieden: Hu Yaobang und Zhao Ziyang scheiterten an ihrer Eigenwilligkeit im Umgang mit Protestbewegungen und am Widerstand orthodoxer Ideologen in der politischen Führung.¹

Es gibt weiterhin keine formalisierten Verfahren in China, mit deren Hilfe die Ablösung einer alten Führungsgeneration und die Einsetzung einer neuen geregelt werden könnte. Die politische Dominanz der Revolutionsveteranen macht die Schwierigkeiten deutlich: sie verfügen über keine nennenswerten Ämter mehr, bestimmen jedoch die Politik in der Zentrale auch über ihren ver-

meintlichen Rückzug aus der aktiven Politik hinaus. Die Verunsicherung in der Parteispitze wird dadurch verschärft, daß der aus biologischen Gründen unvermeidliche Führungswechsel mitten in einer gigantischen wirtschaftlichen und sozialen Umbruchsituation vorstatten gehen muß.

Mangels institutionalisierter Regelungen wird die Nachfolge innerhalb der politischen Führung ausgehandelt oder aber ausgekämpft. Dies erfordert die Kultivierung von Machtbasen und Allianzen, die unter instabilen Rahmenbedingungen die einzige Garantie für das politische Überleben darstellen.²

Auch nach der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung des Jahres 1989 und der Absetzung des damaligen KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang hat sich Deng bemüht, Vorkehrungen für die Zeit nach seinem Tod zu treffen. Er warb um breite Unterstützung vor allem unter den Revolutionsveteranen im informellen Führungskreis.³ Auf den Shanghaier Aufsteiger Jiang Zemin wurden in den letzten Jahren die Positionen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission vereinigt. Er wird als "Kern" der künftigen chinesischen Führung präsentiert.

Formale Führungspositionen, mögen sie vordergründig noch so prächtig ausgestattet sein, sind jedoch keine Garantie für die Machterhaltung über den Tod des politischen Patrons hinaus. Hua Guofeng, der von Mao in seinem letzten Lebensjahr auserkorene Nachfolger (*ni banshi, wo fangjin*: "Wenn du die Sache übernimmst, bin ich beruhigt"), hatte bereits zwei Jahre nach seiner Ausrufung zum Parteivorsitzenden und Premierminister die Macht in der Parteizentrale verloren (obwohl er nominell noch eine Weile in seinen Ämtern verbleiben durfte).

II Kräftekonstellation in der Beijinger Führung

1 Die klassische Machtformel

Die häufigen Führungs- und Nachfolgekrisen in kommunistischen Systemen haben die Forschung intensiv beschäftigt. Zusammenfassen lassen sich die Faktoren, die entscheidenden Einfluß auf den Verlauf von Nachfolgekonflikten ausüben, mit der Formel "5 P + X".⁴

Mit den "5 P" sind folgende Faktoren gemeint, denen auch in der chinesischen Machtzentrale entscheidende Bedeutung zukommt:

- *Positionen*: Über welche institutionellen Machtquellen verfügen die Mitglieder der politischen Führung, die sie als "Hausmacht" im Falle eines Konflikts nutzen können?
- *Patronage*: Sind die Rivalen eingebunden in ein weitläufiges Patronagenetz? Ist ihnen eine große Zahl von Protégés verpflichtet? Unterhalten sie enge Verbindungen zu den mächtigen Patronen unter den Veteranenführern?
- *Politische Allianzen*: Bestehen zwischen verschiedenen Führungsmitgliedern langjährige programmatische oder personalpolitische Allianzen, die im Falle eines Konflikts den Ausschlag zugunsten der eigenen Position geben könnten?

- *Persönlichkeiten*: Welche unter den in Frage kommenden Nachfolgern verfügen über langjährige Erfahrung im zentralen Herrschaftsapparat? Wer hat sich durch sein politisches Geschick in bisherigen Krisensituationen, im Umgang mit seinen Kollegen oder durch besondere Entschlossenheit hervorgetan?
- *Programme*: Gibt es offenkundige Unterschiede zwischen den programmatischen Aussagen und Absichten der Kandidaten? Welches sind die Vertreter reformorientierter bzw. eher orthodoxer Positionen? Welche Anziehungskraft üben diese Programme in der politischen Elite oder auf die Bevölkerung aus?

Der "X"-Faktor steht für die aktuellen Umstände und Handlungsbedingungen sowie Zufallsentwicklungen (außenpolitische Krise, soziale Unruhen, Sezessionsbestrebungen, Reihenfolge des Abtretens von Veteranenführern etc.) zur Zeit des Herrschaftswechsels.

2 Die offizielle Nachfolgeregelung

Offiziellen Entscheidungen und Darstellungen zufolge ist die Nachfolgefrage kein Thema mehr. Jiang Zemin steht an der Spitze von Staat, Partei und Armee. Er wurde von Deng und anderen Veteranenkadern als "Kern" (*hexin*) der zentralen Führung bestimmt, die auch in den Jahren nach Dengs Tod die Stabilität des politischen Systems garantieren werde. Zur "kollektiven Führung" gehören außerdem die sechs anderen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Von diesen dürfte Hu Jintao als der jüngste (er ist 51 Jahre alt) und am wenigsten profilierte in den nächsten Jahren kaum eine kardinale Rolle spielen, obwohl er kürzlich den einflußreichen Posten des Präsidenten der Zentralen Parteischule (einer der wichtigsten "Beziehungsschmieden" im heutigen China) übernommen hat. Auch der Vorsitzende der bedeutungslosen Politischen Konsultativkonferenz Li Ruihuan (59), der in der Parteizentrale für Kultur und Propaganda verantwortlich ist und einen gemäßigten politischen Standpunkt vertritt, ist mangels einer starken Machtbasis nicht dem Kreis der künftigen Führungskandidaten zuzurechnen. Admiral Liu Huaqing wiederum ist aufgrund seines hohen Alters (77) kein zukunftssträchtiger Kandidat, auch wenn ihm, wie wir im Zusammenhang mit der Rolle der VBA sehen werden, vielleicht eine entscheidende Rolle in den Entwicklungen der nächsten Jahre zukommen wird.

Die im folgenden vorgenommene Analyse konzentriert sich zunächst auf die vier profiliertesten Mitglieder der Parteiführung, die aufgrund ihres vergleichsweise jugendlichen Alters (zwischen 65 und 69 Jahren) noch politische Zukunft haben. Alle vier stehen für einen neuen Typus des Spitzenkadern: sie wurden in technischen Disziplinen ausgebildet, sammelten Erfahrungen in der ehemaligen Sowjetunion und arbeiteten zu Beginn ihrer Karriere als Ingenieure oder in verwandten Bereichen.⁵

- a) *Jiang Zemin: Ein politisches Leichtgewicht als "Kern" der zentralen Führung*

Die Zahl der von Jiang Zemin (Jg. 1926) eingenommenen Ämter ist eher ein Zeichen der Schwäche als der Stärke. Er ist als blasser Kompromißkandidat der ein-

flußreichsten Parteiveteranen auf diese Höhe der Macht gelangt, verfügt nur über eine kleine Hausmacht im Shanghaier Parteiapparat und genießt geringes Prestige in der zentralen Bürokratie. Sein Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, den bei weitem wichtigsten Politikbereich der letzten Jahre, ist sehr gering; dieses Feld wird von Zhu Rongji und Li Peng dominiert. Auch im Militär hat Jiang keinen besonderen Rückhalt trotz aller Ergebnishenkeidungen und Loyalitätseide von seiten der Generalität. Jiang erweist sich in politischen Kontakten und im persönlichen Gespräch als steif, ungelenkt, zum Teil sogar als uninformiert.⁶ Jiang, der sich vor allem dadurch hervorhebt, daß er sich bis heute relativ wenig Feinde in der zentralen Führung gemacht hat, ist ein politisches Leichtgewicht ähnlichen Zuschnitts wie ehemals Hua Guofeng.

Seine Autorität ist an die Unterstützung durch Deng Xiaoping und andere Veteranenkader gebunden. Falls die politische Vergangenheit Dengs nach dessen Tod im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Protestbewegung von 1989 ins Kreuzfeuer gerät, dann wird dieser Druck unmittelbar auf Jiang Zemin lasten oder von politischen Rivalen sogar bewußt auf ihn hin kanalisiert werden. Der aufwendig inszenierte Kult um Deng Xiaoping und seine "Theorien", mit dem die KP über den Tod Dengs hinaus auf eine einheitliche politische Linie eingeschworen werden soll, wird ihm da nur wenig helfen können.

b) Premier Li Peng: Der taktierende Hardliner

Li Peng (Jg. 1928) ist aus einem anderen Holz geschnitzt als Jiang Zemin. Er verfügt über eine über viele Jahre hinweg kultivierte Machtbasis im zentralen Staatsapparat und über gute Beziehungen zu mehreren Veteranenkadern wie kaum einer in der politischen Führung. Li zehrt bis heute vom Prestige seines verstorbenen Ziehvaters, des Ministerpräsidenten Zhou Enlai, der ihn bis zu seinem Tod 1976 protegierte.

In seinem Aufstieg an die Spitze des Staatsrates wurde Li Peng während der achtziger Jahre von mehreren Veteranenkadern unterstützt, vor allem aber von dem Wirtschaftspolitiker Chen Yun, der nach Deng Xiaoping über den größten Einfluß in der chinesischen Politik verfügt. Mit Unterstützung der Veteranen initiierte er 1989 die Unterdrückung der Protestbewegung.

Unter den vier hier behandelten Führungskandidaten steht Li orthodoxen Positionen am nächsten. In Krisenzeiten und Belastungsperioden (etwa während der Austeritätsphase 1988-1991) hat Li ein beachtliches Geschick bewiesen, Allianzen zu schmieden (er kooperierte häufig mit Qiao Shi) und unbequeme, harte politische Entscheidungen durchzusetzen.

Lis schwerste Hypothek ist die prominente Rolle, die er in der Unterdrückung der Proteste 1989 spielte; sie ließ ihn in weiten Teilen der Bevölkerung und im Ausland zur Unperson werden. Die nach Dengs Tod zu erwartende Kritik an seiner Verantwortung für diese Vorfälle läßt es zweifelhaft erscheinen, daß der Taktierer Li sich lange an der Spitze des Regimes halten können. Nachteilig auf seine weitere Karriere könnte sich auch seine angeschlagene Gesundheit auswirken: Li hat Herzprobleme und mußte 1993 mehrere Wochen lang pausieren.

c) Parlamentspräsident Qiao Shi: Der Schattenpolitiker

Qiao Shi (Jg. 1924) ist der geheimnisvollste unter den Männern in der Parteispitze. Er rangiert an dritter Stelle im Politbüro und wurde im März 1993 zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, des einflußschwachen Parlaments, ernannt. Nach bitteren Erfahrungen in der Kulturrevolution (Qiao wurde als "revisionistischer Verräter" verfolgt) wurde er in den achtziger Jahren von Peng Zhen, dem Vertreter des Justiz- und Sicherheitsapparates unter den Veteranen, unterstützt. Von 1985 bis 1992 leitete Qiao die Kommission für Politik und Recht beim Zentralkomitee, die eine der wichtigsten sogenannten "Führungsgruppen" unmittelbar unter der Politbüro-Ebene darstellt.⁷ In dieser Funktion war er zuständig für die Koordination des Justiz-, Polizei- und Geheimdienstapparates auch während der Unterdrückungsmaßnahmen im Jahre 1989; inoffiziellen Quellen zufolge soll Qiao damals versucht haben, auf eine Mäßigung der politischen Verfolgungen hinzuwirken. Darüber hinaus fungierte Qiao von 1987 bis 1992 - als Nachfolger Chen Yuns - als Sekretär der Zentralen Disziplinungskommission, der die Bekämpfung der Korruption obliegt.

Seit seiner Ernennung zum Parlamentspräsidenten im März 1993 scheint Qiao auf eine Aufwertung des Nationalen Volkskongresses hinzuwirken und ist bemüht, die Aufsichts- und Gesetzgebungskompetenzen des Parlaments gegenüber der Regierungsbürokratie zu stärken.⁸

Wenn man bedenkt, was Chasbulatow in Rußland aus einem ursprünglich weitgehend einflußlosen Parlament machen konnte, ist es nicht auszuschließen, daß Qiao Shi, der in letzter Zeit auch eine diplomatische Profilierung durch Empfänge und Auslandsreisen anstrebt, in dem chinesischen Parlament eine zweite Machtbasis und Quelle des Prestiges - neben seinen Verbindungen zum Staatssicherheitsapparat - etabliert. Er dürfte damit neben Li Peng über die stärkste Hausmacht unter den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros verfügen.

In der Vergangenheit schwankte Qiao offenbar je nach Opportunitätsgesichtspunkten zwischen gemäßigten und orthodoxen Positionen. In Krisensituationen wählte er bisher die Seite der Orthodoxen, hat sich in den letzten Jahren aber beständig für Reformen des Wirtschafts- und Rechtssystems eingesetzt. 1993 arbeitete Qiao Shi zeitweise eng mit Zhu Rongji zusammen und unterstützte dessen Versuche zur Modernisierung der staatlichen Wirtschaftspolitik entschieden. Falls diese beiden politischen Führer weiterhin kooperieren, könnten sie nach Dengs Tod eine starke reformorientierte Achse in der Beijinger Führung darstellen.

d) Zentralbankchef Zhu Rongji: Der Modernisierer

Zhu Rongji (Jg. 1928) bekleidet die Position des ersten Vizepremiers (er rangiert gleich nach Li Peng) sowie des Zentralbank-Präsidenten und leitet die Führungsgruppe für Landwirtschaft in der Parteizentrale. Er stieg 1993 zum wichtigsten und innovationsfreudigsten Wirtschaftspolitiker Chinas auf, scheiterte aber offenbar mit dem

Versuch, das Finanzsystem wieder unter die Kontrolle der Zentrale zu bringen und ein Konjunkturdämpfungsprogramm gegenüber den Regionen durchzusetzen.

Der fließend Englisch sprechende Zhu tritt für einen kontrollierten, aber konsequenten Übergang zu Marktwirtschaft und Weltmarktöffnung ein. Diese Positionen machen ihn zum Favoriten der Unternehmer im privaten und "kollektiven" Sektor der chinesischen Wirtschaft und zum Liebling ausländischer Investoren. Zhu trifft jedoch auf heftigen Widerstand in Teilen der Partei- und Staatsbürokratie, deren Kompetenzen durch die Zulassung freier Märkte bereits erheblich beschnitten wurden.

Im Gegensatz zu seinem Ruf als entschlossener Wirtschaftsreformer macht Zhu im politischen Bereich keinerlei Konzessionen an Forderungen nach politischer Liberalisierung oder Demokratisierung.

Hier zeigen sich weitgehende Gemeinsamkeiten mit den anderen Führungsmitgliedern: Konsens besteht darüber, daß die Führungsrolle der Kommunistischen Partei nicht angetastet werden dürfe. Diese gemeinsame Grundposition hat in den letzten Jahren gewährleistet, daß intraelitäre Konflikte begrenzt blieben auf die Frage nach Umfang und Geschwindigkeit der Wirtschaftsreformen bzw. der Öffnung nach außen. Politische Liberalisierung ist schlicht kein Thema in der chinesischen Führung.

3 Die Veteranen im Nacken

Keiner der oben aufgeführten Politiker ist für sich genommen mächtig. Jeder ist abhängig von der Protektion durch die Parteiveteranen, insbesondere Deng Xiaoping, Chen Yun und Peng Zhen. Diese können ein weitreichendes Veto-Recht in politischen oder personellen Grundsatzentscheidungen beanspruchen. Ohne ihre Zustimmung läuft nicht viel.

Der Tod der Patrone wird unweigerlich einen Machtverlust ihrer Protégés nach sich ziehen: Wenn Deng vor Chen Yun und Peng Zhen stirbt, wird die Position von Jiang Zemin und vor allem von Zhu Rongji schwieriger werden. Sterben Chen Yun und Peng Zhen, werden Li Peng und Qiao Shi eventuell ins Schlingern geraten. Die jüngeren chinesischen Politiker müssen somit bangen, in welcher Reihenfolge sich der Abtritt ihrer Patrone vollzieht. Respektlose Journalisten haben dies als "death watch" ironisiert.⁹

Auch wenn es in der Nachfolgeneration einen gäbe, der den Willen, die visionäre Kraft und das politische Geschick hätte, ganz neue Wege einzuschlagen: Man würde ihn nicht entdecken können, da seine Fähigkeiten von der Präsenz der Veteranenkader überschattet würden oder vor diesen versteckt werden müßten, damit er kein vorzeitiges politisches Ende nähme wie etwa Hu Yaobang.

4 Die Rolle der Armee

Die Kontrolle über das Militär hat sich in allen innenpolitischen Krisen seit Gründung der VR China als einer der wichtigsten Faktoren erwiesen: Nur wer Rückhalt in

der Volksbefreiungsarmee findet, hat die Chance, zum Gipfel der chinesischen Politik aufsteigen und sich dort dauerhaft halten zu können.

Die seit dem XIV. Parteitag 1992 erfolgten Revirements in der politischen Führung haben die überragende Bedeutung der Armeeführung für die politische Entwicklung bestätigt. Die Verstärkung der militärischen Präsenz in den Führungsgremien (im ZK von einem Sechstel (1987) auf ein Viertel (1992) der Mitglieder; dies stellt die höchste militärische Repräsentation im ZK seit 1977 dar) soll dazu beitragen, eine reformorientierte Allianz aus zivilen und militärischen Kräften in der Führung zu begründen. Im Zentrum dieser Allianz steht eine Reihe von einflußreichen Veteranenoffizieren, deren militärisches Prestige auf die Bürgerkriegsperiode 1945-50 zurückgeht. Zusammenhalten sollen die militärische Seite dieser Allianz zwei alte Bürgerkriegsveteranen, die hohes Ansehen in der Armee genießen und über ein weitgespanntes Beziehungsnetz verfügen: Admiral Liu Huaqing (77), Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, und General Zhang Zhen (79), der im Sommer 1993 ins Politbüro aufgenommen wurde und - allerdings nicht stimmberechtigt - an Sitzungen des Ständigen Ausschusses teilnimmt.¹⁰

Die Errichtung einer auf das Militär gestützten Führungscoalition soll die Stabilität des Regimes auch über den Tod der Veteranen um Deng und Chen Yun hinaus garantieren. Dies könnte eventuell die Grundlage bilden für den Übergang zu einem entideologisierten, militärisch verankerten autoritären Regime, das Ähnlichkeiten zu den Machtstrukturen in Südkorea und Taiwan während der fünfziger und sechziger Jahre aufwies, jedoch über ein beträchtlich größeres militärisches und ökonomisches Potential verfügte (siehe IV).¹¹

Die Bedeutung der Volksbefreiungsarmee beschränkt sich keineswegs auf militärische Fragen. Die chinesische Armee schließt ein Imperium von Unternehmen der Konsumgüterindustrie, des Handels und Exports ein, die mit Rüstungsproduktion oder logistischen Aufgaben nur noch am Rande zu tun haben. Die Interessen eines Teils des Offizierscorps sind inzwischen stark kommerzieller Natur; das Militär ist zu einem wichtigen Spieler auf dem Feld der chinesischen Wirtschaft geworden. Die an unternehmerischen Aktivitäten beteiligten Armeeführer sind am Fortgang der Wirtschaftsreformen und an der außenwirtschaftlichen Öffnung genauso stark interessiert wie an sozialer und politischer Stabilität. Vor diesem Hintergrund könnte die Armee nicht nur zu einem *law-and-order*-Faktor, sondern zu einer treibenden Kraft für weitergehende Reformen werden.

5 Eine technokratische Allianz

Die Führungsschicht in der VR China hat einen profunden Wandel während der Reformperiode seit 1979 durchgemacht. Diese Veränderungen könnten die Richtung der Entwicklung nach dem Abtreten der Revolutionsveteranen neu bestimmen. Einst wurde die Führung dominiert von ländlichen Revolutionären, die ein großes Mißtrauen gegenüber ihren besser ausgebildeten städtischen Kollegen hegten. Die heutige Führungsschicht be-

steht jedoch zu einem großen Teil aus "Technokraten", die gekennzeichnet sind durch eine Ausbildung auf höheren Schulen, in technischen Disziplinen und durch ihre professionelle Spezialisierung.¹²

Während sich 1982 nur etwa 12% der ZK-Mitglieder in die Kategorie der Technokraten einordnen ließen, waren es nach dem XIV. Parteitag 1992 ungefähr 70%. Diese Veränderung des soziologischen Profils ist sogar noch stärker ausgeprägt auf der Ebene der Minister, Provinzgouverneure und regionalen Parteisekretäre. Es handelt sich um Personen, die ihre Karriere nicht ihrer ideologischen Unbeflecktheit und blinden Loyalität zu verdanken haben, sondern sich auf Sachkenntnisse und Erfolge bei der Lösung praktischer Probleme berufen können. Der Einfluß dieser Gruppe ist inzwischen so weitreichend und ihr Fachwissen so unverzichtbar, daß ideologisch begründete Säuberungen große wirtschaftliche Rückschläge nach sich ziehen müßten. Auch in der Armee hat sich die Bedeutung der an Militärakademien professionell ausgebildeten Offiziere in den letzten Jahren rasch erhöht. Wenn diese mit den Technokraten unter den Zivilisten kooperierten, könnte sich eine breite reformorientierte Koalition herausbilden.¹³

Für chinesische Technokraten von Li Peng bis Zhu Rongji sind die Wirtschaftswunderländer Südkorea und Taiwan in ihrer autoritären, ökonomisch ungemein erfolgreichen Herrschaftsphase ein Vorbild. Demokratie und Menschenrechte aber sind für sie ferne Schimären, die als Lieblingsthemen eines paranoiden Westens abgetan werden.

III Verschiebungen im politischen System

1 Bedeutungsverlust der Beijinger Politik

Egal wer die Führung der Partei nach Dengs Tod übernehmen wird: er wird mit Sicherheit nicht über den Status, das Prestige und die Machtbasis verfügen, auf deren Grundlage Deng sich behaupten konnte. Auch Deng war schon kein "Führertyp" mehr wie Mao, sondern mußte sich auf eine Rolle als *primus inter pares* und "Makler" beschränken, der sich vornehmlich vermittelnd, werbend und manchmal drohend durchsetzen konnte.

Dengs Nachfolger werden vielleicht nicht einmal mehr vermittelnd die Richtung weisen, sondern nur noch auf widersprüchliche Anforderungen gewachsener regionaler bzw. wirtschaftlicher Interessen reagieren können. Ihre nur begrenzten Kontakte und Erfahrungen in verschiedenen funktionalen Systemen (Partei-, Staats- und Militärapparate) werden ihren Tatendrang im Vergleich zu Deng eindämmen. Die nächste Führungsgeneration wird durch Männer des Kompromisses gekennzeichnet sein, die einen vorsichtigen, nüchternen und ausgleichenden politischen Stil pflegen müssen, um eine einigermaßen stabile Koalition in der Parteiführung zusammenzuhalten.¹⁴

Der Kontrast zu früheren Zeiten könnte nicht deutlicher sein: Wenn Mao sich auch nur räusperte, kam das ganze Land ins Grübeln, wen oder was er damit gemeint haben könnte. Wenn Deng aphoristische Weisungen von sich

gibt, zucken viele schon nur noch mit den Achseln. Dengs Nachfolger in der politischen Führung werden sich nur noch Gehör verschaffen können, wenn sie einen konzilianten Ton anschlagen.

Neben diesen an Status und Profil der einzelnen Führungsfiguren gebundenen Unterschieden gibt es mehrere strukturelle Aspekte, die den Handlungsspielraum der politischen Führung, egal wer in ihr vertreten sein wird, begrenzen und mit ihrem Anspruch auf ein Machtmonopol in Konflikt geraten: Seit Mitte der achtziger Jahre haben politische Entscheidungen, die in der Beijinger Zentrale getroffen werden, nur noch abnehmende Durchsetzungschancen.

Hiermit verlassen wir das Feld der "Hohen Politik" in Beijing und werfen einen genaueren Blick auf Entwicklungen, die sich dem Zugriff der zentralen politischen Führung zusehends entziehen.

2 Die Verselbständigung der Wirtschaft

Die von den Wirtschaftsreformen ausgelösten Verschiebungen im sozialen und politischen Gefüge sind von orthodoxen Kräften in der Kommunistischen Partei von Anfang an heftig kritisiert worden. Diese reformfeindlichen Kräfte haben sich aber, obwohl sie lange Zeit im Propagandaapparat dominierten, politisch nicht durchsetzen können.

Das stärkste Hindernis für eine Rückkehr zu einem kommandowirtschaftlichen Regime war nicht die Entschlossenheit des heterogenen Lagers der Reformbefürworter, sondern die Findigkeit, mit der die Bevölkerung und die lokalen Verwaltungen die ihnen zugestandenen Freiräume nutzten und ausbauten, sowie das daraus resultierende "wilde", aber robuste Wachstum der chinesischen Wirtschaft. Dieses Wachstum konnte auch durch die orthodoxe Reaktion 1988-91 nicht dauerhaft gebremst werden. Die Wirtschaft gewann eine von der Beijinger "Hofpolitik" unabhängige Dynamik, die sich seit dem neuen Reformschub von 1992 noch verstärkt hat.

Dengs Nachfolger werden kaum anders können, als die Wirtschaftsreformen fortzuführen, auf einen GATT-Beitritt hinzuarbeiten und die exportorientierte Entwicklungsstrategie weiterzuverfolgen. Eine Unterdrückung des nicht-staatlichen Sektors, der inzwischen etwa zwei Drittel des chinesischen Sozialprodukts erwirtschaftet, erscheint unmöglich; sie würde einem politisch-ökonomischen Selbstmord gleichkommen und müßte zu einer schweren Rezession, zu einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit, zum rapiden Niedergang der ausländischen Investitionsbereitschaft und des Außenhandels führen.

Um die sozialen Folgen des nur unzureichend gebremsten Bevölkerungswachstums und des gigantischen Arbeitskräfteüberschusses mit ihren Konsequenzen (unkontrollierte Binnenwanderungen, wuchernde Urbanisierung etc.) zu bewältigen, benötigt China ein Mindestwachstum von jährlich fünf bis sechs Prozent über einen größeren Zeitraum hinweg.¹⁵ Die politische Führung ist zum ökonomischen Erfolg verdammt.

3 Die Schwächung der Parteiorganisation

Eine weitere Schranke für Bestrebungen, nach Dengs Tod zu den Normen und Praktiken der maoistischen Parteidiktatur zurückzukehren, ist die organisatorische Schwäche der Kommunistischen Partei vor allem an der Basis der Bevölkerung.

In der organisatorischen Durchdringung ländlicher Gebiete bestand die Stärke der chinesischen KP zu Beginn ihrer Machtkonsolidierung. Heute funktioniert jedoch die Parteiorganisation in vielen ländlichen Regionen nicht mehr: Versammlungen und politische Studien werden nicht abgehalten, Parteikomitees bestehen nur noch dem Namen nach, die Mitgliedsgebühren werden nicht entrichtet, Parteidokumente und -zeitungen nicht gelesen.¹⁶ Die Parteiführung hat schon mehrfach Direktiven ausgegeben, um diesen Auflösungserscheinungen entgegenzutreten, aber das "organisatorische Leben" der KP scheint unaufhaltsam zu zerfallen. Im nicht-staatlichen Sektor der Wirtschaft gibt es praktisch keine Parteiorganisationen mehr. In den Staatsbetrieben werden die Reformen den Einfluß der Partei ebenfalls weiter zurückdrängen.

Zweifellos kann das Regime in Krisensituationen auf einen mächtigen Repressionsapparat zurückgreifen. Chinas politisches System ist jedoch offenkundig in einem weitreichenden Wandel begriffen. Es wird von den Wirtschaftsreformen erodiert. Die Kommunistische Partei verfügt nicht mehr über die Requisiten ihrer früheren Macht: Charismatische Führung, eine allgemein verbindliche offizielle Ideologie, Massenmobilisierung für die Ziele der politischen Führung, effektive Partei- und Verwaltungsorganisation bis auf die untersten Ebenen.

Korruption und private Wirtschaftstätigkeit haben die politische Kontrolle durch die Partei unterhöhlt. Die ideologischen Anachronismen (Marxismus-Leninismus, Mao-Zedong-Ideen) dienen in erster Linie der Wahrung einer sehr oberflächlichen symbolischen Kontinuität. Die Parteiführung kann tun und lassen, was sie will, sie wird es doch als "sozialistisch" zu verkaufen suchen.

Mit der Schwächung organisatorischer und ideologischer Kontrollinstrumente geht auch ein Einflußverlust orthodox-marxistischer Kräfte in der Partei einher, die die Restauration eines zentralisierten Kommandosystems und die Drosselung des Reformprogramms beabsichtigen könnten. Diejenigen, die von einer solchen Reaktion profitieren könnten, sind inzwischen in die Minderheit geraten. Viele Partei- und Armeespitzen und ihre Familien haben ein unmittelbares Eigeninteresse an den Möglichkeiten zur Bereicherung, die die Reformen bieten.

Orthodoxe Kräfte können allenfalls den Fortgang der Reformen bremsen (was ihnen während der achtziger Jahre mehrfach gelungen ist) oder aber nationalistisch argumentieren und gegen den Westen oder Taiwan zu Felde ziehen, um damit eine Disziplinierung und Mobilisierung für ihre Ziele im Innern zu erreichen. Sie werden jedoch wohl kaum landesweit und auf Dauer das Gesetz des Handelns bestimmen können.¹⁷

4 Regionalismus

Eine der bedeutsamsten Begleiterscheinungen der Reformpolitik ist der Machtverfall der Zentrale und die innerhalb Chinas von Region zu Region äußerst unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Es scheint, als verliefen die wichtigsten Konfliktlinien innerhalb des Regimes heute nicht mehr zwischen Gruppierungen in der Zentrale, sondern zwischen der Zentrale und den Regionen sowie zwischen einzelnen Regionen.

Die seit Anfang der achtziger Jahre durchgeführte Dezentralisierung von fiskalischen und administrativen Entscheidungs- und Verfügungsrechten hat zu einer Verlagerung der Kompetenzen und Finanzmittel auf die Provinz- und Lokalregierungen geführt. Zentrale Vorgaben wurden zusehends weniger beachtet oder aber systematisch umgangen. "Beijing macht seine Politik (*zhengce*), wir haben unsere Gegenpolitik (*duice*)", war eine der Handlungsdevisen der lokalen Führungen. Vor allem die südlichen Provinzen nutzten die im Rahmen der Reformen gewährten Freiräume, um von Beijinger Vorgaben abweichende Handels- und Steuerbestimmungen zu erlassen und ihre lokalen Märkte durch einen oft rigorosen Protektionismus gegenüber Gütern aus anderen Regionen zu schützen. In diesem Zusammenhang sprach man schon bald von einer "Feudalherrenwirtschaft" (*zhuhou jingji*), in der die Zentralregierung zu ständigen Verhandlungen und Kompromissen mit den regionalen Führungen gezwungen ist.¹⁸

Auch politisch zeigte sich der Selbstbehauptungswille der Regionen in einer dezidierten Artikulierung regionaler Sonderinteressen in den Volkskongressen (Parlamenten) der verschiedenen Ebenen sowie auf ZK-Tagungen, in eigenständigen Gesetzgebungsmaßnahmen und Personalentscheidungen.¹⁹ Dieses politische Eigenleben der Regionen ist nicht nur eine Herausforderung an die unitarische Partei- und Staatsstruktur. Es führt in Einzelfällen auch zur Duldung größerer gesellschaftlicher Freiräume: Aus meist kommerziellen Gründen ließen die südlichen Provinzen zumindest zeitweise größere Freiheiten der Presse und die Bildung von Interessenvertretungen verschiedener Unternehmergruppen zu. Solche neugewonnenen Freiheiten sind allerdings der Willkür der Zensur- und Sicherheitsorgane ausgeliefert, da es weiterhin keine rechtlichen Absicherungen von Presse- und Organisationsfreiheit gibt.

Das wichtigste Instrument der zentralen Führung gegen die regionalen Verselbständigungstendenzen ist die Personalhoheit (Organisationsgewalt), die über das immer noch bestehende *Nomenklatura*-System (*zhiwu mingcheng biao*) ausgeübt wird.²⁰ Die Zentrale demonstriert ihre Macht in diesem Bereich immer wieder durch Revirements in den regionalen militärischen und politischen Führungen. Unterhalb der höchsten Ebene sollen seit dem XIV. Parteitag 1992 mehr als tausend Armeekommandeure auf neue Positionen versetzt worden sein. Es soll Pläne geben, in den nächsten Monaten - möglichst noch vor Dengs Tod - nach und nach eine umfassende Personalrotation vor allem im Hinblick auf die südchinesischen Provinzen, Militärregionen und Großstädte durchzuführen, um die Verfestigung regionaler Machtbasen zu verhindern.²¹

5 Sozialer Wandel

Die chinesische Gesellschaft ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen, dessen politische Auswirkungen immer stärker spürbar werden. Nach den Vorstellungen der kommunistischen Führung sollen die sozialen Folgen der Wirtschaftsreformen politisch in Schranken gehalten werden, um einen Ausbruch der mit der Modernisierung einhergehenden Spannungen zu verhindern. Die politische Kontrolle über weite Teile der Gesellschaft ist der Partei dennoch entglitten.

Der wirtschaftliche Umbruch war sowohl von der Herausbildung neuer, "moderner" sozialer Kräfte und Schichtungen begleitet als auch von einer Renaissance archaischer, vormoderner Elemente (Clans, Geheimgesellschaften etc.), die allerdings unter den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neue Funktionen wahrnehmen. Wirtschaftsreformen und Bereicherungsmöglichkeiten haben eine dramatische Revolution steigender Erwartungen und weitreichende soziale Veränderungen ausgelöst. Wertvorstellungen und Lebensstile ändern sich; zuvor im Westen angeprangerte Mißstände wie Hedonismus, Kriminalität, Drogensucht, Korruption sowie die bunten Formen des geltungssüchtigen Konsums leben auch in China auf.²²

Die Schwächung der politischen Kontrolle besonders auf dem Land (Auflösungserscheinungen in offiziellen Organisationen wie Partei, Jugendverband etc. zugunsten einer archaisch anmutenden Clansherrschaft), aber auch in den Städten (Funktionsverlust der Arbeitseinheiten [*danwei*]) brachte neue Handlungsfreiheiten für die Menschen. Die Politik wurde immer mehr aus dem Privatleben hinausgedrängt.

Viele in der Gesellschaft haben von den Reformen profitiert. Viele, die am Anfang als Gewinner dastanden, sind inzwischen zu Verlierern geworden. Die größte Gruppe der Verlierer ist wie schon in den Jahrzehnten vor Beginn der Wirtschaftsreformen die Bauernschaft. In den ersten Jahren nach 1979 wuchsen ihre Einkommen schneller als die der Städter. Doch seit Mitte der achtziger Jahre zog die Stadtbevölkerung an ihnen vorbei, und in den letzten Jahren waren die Einkommenszuwächse immer ungleicher verteilt. Auf dem Land soll es inzwischen etwa 140 Mio. überschüssige Arbeitskräfte geben. Darüber hinaus erheben lokale Verwaltungen bei den Bauern willkürliche Abgaben und nutzen öffentliche Mittel, die den Bauern zugute kommen sollen, zur privaten Bereicherung oder für Industrie- und Infrastrukturprojekte. Die gewaltsamen Ausschreitungen in ländlichen Gebieten, die seit 1991 immer häufiger auftraten und im Sommer 1993 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, werden von einigen Mitgliedern der zentralen Führung als eine der größten Bedrohungen für ihre Herrschaft begriffen. Den Mißständen auf dem Land konnten sie jedoch nicht Einhalt gebieten.

Auch die etwa 100 Mio. Arbeitskräfte in staatlichen Betrieben könnten bald zu den Verlierern gehören, wenn die Regierung mit ihren Strukturreformen in diesem Sektor ernst machen sollte. Über 30% der Belegschaften der Staatsunternehmen könnten in den nächsten Jahren Bemühungen um Produktivitätssteigerungen und Wettbe-

werbsfähigkeit zum Opfer fallen. Die Unternehmen und die politische Führung sind sich der sozialen Sprengkraft solcher Maßnahmen bewußt und waren in den vergangenen Jahren bemüht, unvermeidliche Entlassungen durch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen (meist im Dienstleistungsbereich) abzufedern. Ob dies angesichts der anstehenden Massenentlassungen noch praktikabel sein wird, ist zweifelhaft.

Zu den Gewinnern der Reformen zählt eine in der Entstehung begriffene und zunehmend an Einfluß gewinnende Unternehmerschicht. Hier formieren sich neue lokale Eliten, die sich insbesondere aus erfolgreichen industriellen und agrarischen Unternehmern der letzten vierzehn Jahre rekrutieren. Oft handelt es sich um ehemalige Funktionäre (in diesem Zusammenhang sprechen manche von "Kaderkapitalismus"), in jedem Falle aber um Leute mit guten Verbindungen zu den lokalen Behörden.²³

Politischer Einfluß ergibt sich heute nicht mehr ausschließlich aus der Mitgliedschaft in Parteigremien oder aus ideologisch begründeten Vorrechten, sondern zunehmend aus der ökonomischen Potenz. Die Einflußnahme lokaler, partikularer und oft clansbezogener Interessen ist über persönliche Beziehungen und Korruption fest etabliert. Als Folge der Differenzierung des Eigentumssystems ist besonders in ländlichen Gebieten ein "Dualismus von ökonomischer und politischer Macht" entstanden, der allerdings beachtliche regionale Unterschiede aufweist.²⁴ Macht läßt sich nicht mehr ohne weiteres in Parteikomitees und Verwaltungen lokalisieren.

Die entfesselte individuelle ökonomische Initiative hat die Einkommen in den Städten der prosperierenden Ostküste rasch wachsen lassen und dort ein starkes Interesse an der Fortführung der Wirtschaftsreformen begründet. Von Shanghais ungefähr 13 Mio. Einwohnern sind inzwischen zwei Mio. zu Aktienbesitzern geworden. Solche Chancen auf private Teilhabe am wirtschaftlichen Umbau sind einer der wichtigsten Gründe, warum eine Drosselung dieses Programms in den politischen Zentren des Landes nur bei einer Minderheit der Bevölkerung Unterstützung finden würde.

Langfristig könnte eine chinesische, städtische Mittelschicht mit eigenen wirtschaftlichen Interessen und Forderungen an das politische System entstehen. Eine solche Entwicklung war auf Taiwan die entscheidende Voraussetzung für die schrittweise Demokratisierung des politischen Systems.²⁵ Die zur Zeit schon beachtliche soziale Differenzierung und Pluralisierung der chinesischen Gesellschaft wird wahrscheinlich die treibende Kraft hinter Chinas ökonomischer und politischer Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten sein.

Der gesellschaftliche Umbruch vollzieht sich so schnell, daß die Warnungen vor einer umfassenden Destabilisierung des gesamten politischen Systems keine hohlen Phrasen sind. Neben den zu befürchtenden Unruhen von Bauern und von Arbeitern staatlicher Betriebe ist vor allem das dramatische Anwachsen der Binnenmigration in China (zwischen 70 und 100 Mio. Chinesen sollen zur Zeit auf der Wanderschaft sein) ein beunruhigendes Phänomen. Nachdem das "System der künstlichen Immobilität"²⁶ mit seiner eisernen Wohnsitzkontrolle gelok-

kert worden ist, wirken als *Push*-Faktor der Arbeitskräftüberschuß auf dem Land und als *Pull*-Faktor die Einkommenschancen in den prosperierenden Küstenregionen.

Die gewaltigen Bewegungen und Veränderungen in der chinesischen Gesellschaft kann die Partei mit ihren geschwächten Kontrollstrukturen nur noch unzureichend steuern. Welche Folgen haben diese Phänomene für die chinesische Politik? Werden die beharrenden Kräfte in der Beijinger Zentrale das Machtmonopol der Kommunistischen Partei weiterhin behaupten können oder ist die Erosion der Parteiherrschaft durch die Verselbständigung der Wirtschaft, die Korruption und Illoyalität an der Parteibasis, den Regionalismus und den sozialen Wandel schon so weit fortgeschritten, daß ihr keine große Zukunft mehr zugesprochen werden kann?

IV Szenarien für die zukünftige Entwicklung

Im folgenden werden einige vieldiskutierte Szenarien für die zukünftige Entwicklung der chinesischen Gesellschaft, Politik und Außenbeziehungen vorgestellt, die eine Antwort auf diese Fragen geben könnten. Szenarien dienen dazu, die Bandbreite alternativer Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen, indem gegenwärtig angelegte Trends in die Zukunft hinein fortgeschrieben werden. Sie sind als heuristische Werkzeuge, nicht als Prognosen zu verstehen. Erst in einem zusätzlichen Schritt kann eine Einschätzung der Szenarien nach ihrer Plausibilität erfolgen.

Unter China-Beobachtern werden mindestens drei in ihren Grundannahmen sehr unterschiedliche Szenarien für die politische Entwicklung nach dem Abtreten der Revolutionsveteranen diskutiert.

Szenario 1: Autoritärer Kapitalismus und schrittweiser Wandel zur Demokratie

Ein optimistisches Szenario, das von der Aufrechterhaltung der politischen Einheit unter einer zentralen Führung und von einer schrittweisen Modernisierung von Wirtschaft und Politik ausgeht, lehnt sich stark an den Werdegang Taiwans und anderer ostasiatischer Wirtschaftswunderländer an.

Nach diesem Szenario drängt eine Koalition von Technokraten in Partei- und Militärführung die orthodoxen Widersacher noch in diesem Jahrzehnt aus der Führungsspitze hinaus. Die somit konsolidierte Führung wird nicht mehr von der Unterstützung durch einzelne mächtige Führungsfiguren, sondern von dem gemeinsamen Modernisierungsziel getragen und setzt die Politik der marktwirtschaftlichen Reformen und der Weltmarktöffnung fort. Es gelingt ihr in Kooperation mit regionalen Führungen, die drängenden Probleme von Inflation, Infrastruktur, Arbeitslosigkeit und regionaler Auseinanderentwicklung im Zaum zu halten.

Dem Modernisierungsinteresse der Armee wird durch großzügige Vergabe von Haushaltsmitteln entsprochen; dafür hält sich die militärische Führung aus der Politik

heraus und konzentriert sich auf ihre Aufgaben im Bereich der nationalen - und im Ernstfall auch: inneren - Sicherheit.

Allmählich bringen die sozialen Veränderungen jedoch einen schrittweisen, politischen Wandel in Gang. Der Druck hin auf politische Liberalisierung und demokratische Partizipation steigt, auch wenn die politische Opposition angesichts des wirtschaftlichen Erfolgs und einer starken Geheimpolizei nur eine marginale Rolle spielen kann. Die politische Führung setzt die Repressionsorgane weiterhin rigoros ein und duldet zunächst nur einige autonome gesellschaftliche Organisationen. Erst nach jahrelangem zähen Ringen werden Wahlen auf lokaler Ebene zugelassen, in denen verschiedene Kandidaten miteinander konkurrieren können. Diese Wahlen werden nach langwierigen Auseinandersetzungen schließlich über die Provinzparlamente bis hinauf zur Beijinger Zentrale ausgedehnt. Am Schluß steht die Errichtung eines Mehrparteiensystems und der allmähliche Aufbau der Institutionen eines Verfassungsstaates.

Die westlichen und ostasiatischen Staaten werden trotz kaum verminderter Menschenrechtsverletzungen mit der am ökonomischen Erfolg orientierten, rational agierenden chinesischen Führung kooperieren. Nach ein bis zwei Jahrzehnten, wenn das globale wirtschaftliche, militärische und politische Gewicht Chinas beträchtlich gewachsen ist, wird das Land einen Supermacht-Status beanspruchen. Falls China bis dahin in ein Netz weltweiter multilateraler Abkommen eingebunden ist, wird es sich um eine *Status-quo*-Macht handeln. Andernfalls wird der chinesische Koloß seine Macht gelegentlich dazu benutzen, chinesische Interessen auch gegen den Willen anderer Staaten - notfalls militärisch - durchzusetzen.

Szenario 2: Schleichende Föderalisierung und vertikale Gewaltenteilung

Ein zweites Szenario verwirft die Vorstellung einer politisch kontrollierten Modernisierung und weist darauf hin, daß China schon heute ein Mosaik aus äußerst unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Elementen darstellt. Dieser Trend zur regionalen Auseinanderentwicklung und Verselbständigung werde sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Im einzelnen liegen diesem Szenario folgende Annahmen zugrunde:

Das zur Zeit praktizierte System ständiger Verhandlungen zwischen der Zentrale und den Regionen wird die formal bestehende unitarische Regierungsordnung weiter unterhöhlen. Beijing gibt nur noch vor zu regieren, und die Regionen tun so, als ob sie regiert würden. Diese stillschweigende Übereinkunft dient der Verschleierung der wahren Machtverhältnisse vor allem im Süden und Osten des Landes. Dort erlangen die Regionen trotz aller Versuche, das Finanz- und Steuersystem zu rezentralisieren, im wirtschaftspolitischen Bereich eine noch weitergehende Eigenständigkeit. Zwischen den einzelnen Regionen und zwischen der Zentrale und den Regionen halten die gespannten Beziehungen an; die Regionen versuchen in einer Art Dauerclinch mit der Zentrale, ihre Gestaltungsspielräume, Besitzstände und gewachsenen Interessen zu wahren und auszubauen.

Dieses konfliktreiche Wechselspiel führt zu einem ganz neuen Modus der Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen. Die hierarchischen Verhältnisse funktionieren nicht mehr, die Entscheidungsfindung verläuft nach einem Muster, das westlichen föderalen Systemen bzw. Staatenbund-Systemen gar nicht mehr unähnlich ist. Es etabliert sich ein Verhandlungssystem, das Ähnlichkeiten zur "Federal-Provincial Diplomacy" in Kanada aufweist (Kanada mit seinen zentrifugalen Kräften und heterogenen Provinzen ist die naheliegende Analogie, nicht die USA, die von Exiloppositionellen wie Yan Jiaqi als Vergleichsobjekt und Vorbild bevorzugt werden). Zentrale und Regionen begegnen sich als weitgehend unabhängige politische Einheiten mit diplomatischer Vorsicht und Zäuhigkeit.

Das bestehende Regierungssystem, das keine vertikale Gewaltenteilung, wie sie in den letzten Jahren im Entstehen ist, vorsieht, wird die Gegensätze nicht auffangen können. Der Gewinn von Gestaltungsspielräumen auf den unteren Ebenen des politischen Systems wird den Verfall der Legitimität und des organisatorischen Zusammenhalts der Kommunistischen Partei beschleunigen. Lokale Führer werden ihre Berechtigung, verbindliche politische Entscheidungen zu fällen, nur noch dadurch begründen können, daß sie wirtschaftliches Wachstum und breite Einkommenszuwächse fördern. Wenn sie die Macht behalten wollen, werden sie das nicht mehr mit Hilfe des Marxismus-Leninismus rechtfertigen können. Einige lokale Partei- und Verwaltungschefs geben das bereits heute unumwunden zu.²⁷

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kommunistische Partei im Falle einer Destabilisierung der zentralen Führung (beispielsweise im Zusammenhang mit einer Nachfolgekrise nach Dengs Tod) in viele regionale Ableger zersplittert. Es würden dann wahrscheinlich regionale Einpartei- oder Hegemonialparteisysteme unideologischen Charakters entstehen, deren wichtigster Zweck es wäre, ähnlich wie in Singapur die wirtschaftliche Modernisierung zu fördern und die Erhaltung der exklusiv geteilten Macht zu garantieren: Regionale Machtkartelle von Interessengruppen aus Politik, Verwaltung, Militär und Unternehmen nähmen die Geschicke der ihnen unterstehenden Gebiete in die Hand. China würde zu einem Staatenbund mit einer weitgehend symbolischen Zentrale werden. Das globale Gewicht und die politisch-militärischen Handlungsmöglichkeiten Chinas blieben aufgrund des Vorrangs regionaler Sonderinteressen beschränkt.

Szenario 3: *Desintegration*

Ein drittes Szenario weist darauf hin, daß das wachsende regionale und soziale Gefälle innerhalb des Landes erhebliche politische Risiken für China und für seine Nachbarn in sich birgt.

Chinesische und ausländische Stimmen warnen, daß die Alternative zur kommunistischen Herrschaft in China ein politisches und gesellschaftliches "Chaos" sei. *Worst-case*-Szenarien, wie sie kürzlich in zwei unabhängigen Studien der Beijinger Akademie der Gesellschaftswissenschaften und des Londoner International Institute of Strategic Studies (IISS) entwickelt wurden,²⁸ gehen davon aus, daß

die ökonomischen und sozialen Gegensätze das Land spalten könnten. Die Provinz Guangdong - mit einem Wachstum von über 20% im Jahr eine der dynamischsten Ökonomien der Welt mit engen Verbindungen nach Hongkong, Taiwan und Südostasien - habe mit den von ausländischen Investitionen weitgehend abgeschnittenen, trostlosen Inlandsregionen praktisch nichts mehr gemein außer der Sprache und der Vergangenheit.

Die regionalen und sozialen Gegensätze könnten zu Massenwanderungen, Bauernaufständen, ethnischen Konflikten und zur Verselbständigung regionaler politischer und militärischer Cliquen führen. Der Bericht für die Beijinger Akademie warnt davor, daß China nach dem Tod Deng Xiaopings zersplittern werde, wenn die Zentralregierung nicht die übergeordneten Interessen des Landes gegenüber dem Eigennutz regionalistischer Kräfte durchsetze. Andernfalls seien auch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Zentralregierung und Provinzen sowie unter den Provinzen kaum vermeidbar. "In einigen Jahren ... wird das Land erst wirtschaftlich, dann politisch kollabieren und schließlich auseinanderbrechen."

Im Falle eines Systemzusammenbruchs und anschließender Bürgerkriegsaueinandersetzungen müßten Chinas Nachbarländer (vor allem die Staaten Südostasiens sowie Taiwan, Korea und Japan) mit einer chinesischen Völkerwanderung rechnen. Der Flüchtlingsstrom werde nicht mehr kontrollierbar sein. Nach Schätzungen könnten sich bis zu zweihundert Millionen Chinesen auf die Wanderschaft begeben, Taiwan habe mit mehreren Millionen *boat people* zu rechnen.

V Der chinesische Flickenteppich - Einschätzung der Szenarien

Worst-case-Szenarien dienen dazu, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, pflegen jedoch glücklicherweise nur selten einzutreffen. Welche Entwicklung unter den eben vorgestellten kann die größte Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen?

Das Szenario der schrittweisen ökonomischen und politischen Modernisierung, wie sie in einigen Staaten Ostasiens bereits vollzogen wurde, findet auf dem Kontinent viele Anhänger (etwa Lee Kuan Yew in Singapur, Mahathir in Malaysia oder auch Kuomintang-Spitzenpolitiker auf Taiwan). Eine Grundannahme des Szenarios erscheint jedoch als wenig glaubwürdig: Es ist aufgrund der aktuellen Gewichtsverschiebungen im politischen System nur schwer vorstellbar, daß die Zentralregierung mittelfristig noch in der Lage sein wird, wirtschaftliche und politische Prozesse in einer Weise zu steuern, wie es für eine so kontrollierte, allmähliche Entwicklung notwendig wäre.

Die Beijinger Führung war bisher nicht zu einem stetigen, in sich konsistenten Modernisierungskurs fähig und wird es auch in Zukunft kaum sein. Hierin besteht eine gravierende Abweichung vom ostasiatischen Modernisierungsmodell, das von einer zentralisierten Steuerung ausging.

Man kann diese Steuerungsschwäche im Falle Chinas auch als glückliche Fügung interpretieren. Denn erst sie ermöglicht in einem leninistisch organisierten, korrupten Regierungssystem einen naturwüchsigen wirtschaftlichen und sozialen Wandel "von unten": Die Kräfte des Wandels können sich dank der Schwäche der Zentralgewalt "an der Politik vorbei" oder sogar gegen den Gestaltungsanspruch der politischen Führungen durchsetzen.²⁹ Ein solcher Prozeß bringt jedoch viele unvorhersehbare Risiken mit sich und ist in keinem Fall mit dem Szenario eines sich kontrolliert auflösenden Autoritarismus vereinbar.

Ein gewisses Maß an Unübersichtlichkeit, Instabilität und "Chaos" ist wohl der unvermeidliche Preis der Moderne. Einige chinesische Führungsmitglieder haben dies auch erkannt und sind von der Zielvorstellung einer total kontrollierbaren Transformation abgerückt. Sie haben jedoch keine Vorschläge unterbreitet, wie die politischen Risiken des Modernisierungsprozesses eingedämmt werden könnten.

Die starken zentrifugalen Kräfte in den chinesischen Provinzen können nur dann konstruktive Energien entfalten, wenn die Regionen in die Entscheidungsfindung und Verantwortung der Zentrale fest eingebunden werden, etwa durch Einführung föderaler Elemente in das politische System. Beijing versteht sich jedoch traditionell als einzige "Zentrale" (*zhongyang*), die national verbindliche Entscheidungen treffen kann. Die Festschreibung dezentraler Strukturen und regionaler Kompetenzen etwa durch eine neue Verfassungsordnung, mit der die schon entstandenen Formen einer vertikalen Gewaltenteilung bestätigt und die Einheit des heterogenen Landes gesichert würden, ist außerordentlich unwahrscheinlich. Die Beijinger Führung hält unverändert an der Fiktion fest, daß ihre Macht und Souveränität unteilbar sei. Unter diesen Bedingungen werden sich die Interessengegensätze auf Dauer nur schwer regeln lassen; Sezessionsbestrebungen an der westlichen Peripherie des Landes werden dadurch gefördert.

China, das Land, das man sich in Europa lange Zeit als nach einem übersichtlichen Schachbrettmuster organisiert vorstellte, ist zu einem bunten Flickenteppich geworden, dessen Farben und Muster keineswegs miteinander harmonisieren, der beträchtliche Unebenheiten aufweist und dessen verbindende Nähte sich zusehends zu lockern scheinen.

Diese Heterogenität erschwert den Ausblick auf die zukünftige Entwicklung. Sie wird in keinem Fall einheitlich und ausgeglichen verlaufen. Während sich an den östlichen Küstenregionen Vorgänge abzeichnen, die Analogien zu früheren Stadien der Entwicklung etwa in Taiwan nahelegen, verharren die armen Regionen im Inland und an der Peripherie mehr oder weniger im System der Vergangenheit. Die Entwicklungsunterschiede könnten sich über einen langen Zeitraum hinweg ausgleichen, jedoch werden nur wenige Menschen im Inland bereit sein, auf diesen *trickle-down*-Effekt zu warten. Das Ansteigen gesellschaftlicher Erwartungen und Spannungen könnte ohne weiteres das Wirtschaftswachstum an Geschwindigkeit übertreffen. Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, daß die umfassende Transformation zur Marktwirtschaft und zu einer dezentralisierten Regierungsordnung ohne größere politische Strukturbrüche und Konvulsionen vonstatten gehen wird.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Lowell Dittmer, "Patterns of Elite Strife and Succession in Chinese Politics", in: *The China Quarterly*, No.123 (Sept.1990), S.405-30; Ian Wilson and You Ji, "Leadership by 'Lines': China's Unresolved Succession", in: *Problems of Communism*, Jan.-Feb. 1990, S.28-44.
- 2) Eberhard Sandschneider, "Political Succession in the People's Republic of China: Rule by Purge", in: *Asian Survey*, No.6 (1985), S.638-58, hier: S.641-2.
- 3) Zur Zusammensetzung des informellen Führungszirkels vgl. Peter Schier, "Das zentrale politische Führungssystem der VR China", in: C.a., 1993/11, S.1105-7.
- 4) Zur ursprünglichen Version dieser Formel siehe Leslie Holmes, *Politics in the Communist World*, Oxford 1986, S. 189ff.
- 5) Zur personellen Konstellation vgl. Jürgen Domes, "Who and What Comes Next in Communist China", in: *Global Affairs*, Summer 1993, S.125-140.
- 6) Vgl. SCMP, 5.12.93, zu Jiangs Auftreten während des APEC-Gipfels.
- 7) Zum bisher nur wenig erforschten System der ZK-Führungsgruppen vgl. Carol L. Hamrin, "The Party Leadership System", in: Kenneth Lieberthal / David Lampton, *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China*, Berkeley 1992, S.95-124.
- 8) SCMP, 3.10.93.
- 9) *The Economist*, 25.9.93, S.68.
- 10) Siehe C.a., 1993/9, S.875-77.
- 11) Vgl. Michael D. Swaine, "The PLA and China's Future", in: FEER, 4.3.93, S.25.
- 12) Zum folgenden: Hong Yung Lee, *From Revolutionary Cadres to Party Technocrats in Socialist China*, Berkeley 1991; Li Cheng/ Lynn White, "The Army in the Succession to Deng Xiaoping: Familiar Fealties and Technocratic Trends", in: *Asian Survey*, No.8 (1993), S.757-85.
- 13) Li Cheng / Lynn White, a.a.O., S.784.
- 14) Vgl. David Bachman, "The Limits on Leadership in China", in: *Asian Survey*, No.11 (1992), S.1046-62.
- 15) Vgl. Rüdiger Machetzki, "Chinas Wirtschaft im Umbruch: Von der Macht der Realität und der Ohnmacht der Politik", in: C.a., 1993/8, S.769-99, hier S.797.
- 16) ZM, 1993/1, 22-23; JJB, 9.12.93; SCMP, 10.12.93; Huan Guocang, "China, the Next Taiwan?", in: AWSJ, 11.-12.12.93.
- 17) Vgl. Machetzki, a.a.O., S.770.
- 18) Vgl. Margot Schüller, "Sozio-kulturelle Länderkurzanalyse VR China", unveröffentlichtes Manuskript, Hamburg 1994; Thomas Heberer, "Transformation des chinesischen Systems oder sozialer Wandel?", *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Köln, 28-1993, S. 23ff.; Oskar Weggel, *Regionalkonflikte in China: Süd gegen Nord*, Hamburg 1992, insbes. S.121-171.
- 19) C.a., 1993/2, S.100-1; 1993/6, S.551; 1993/11, S.1086.
- 20) John P. Burns, "China's Nomenklatura System", in: *Problems of Communism*, Sept.-Oct. 1987, S.36-51.
- 21) SCMP, 2.11.93.
- 22) Vgl. Jutta Hebel / Günter Schucher, "Sozialer Wandel in der Volksrepublik China", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B51/93 (17.12.93), S.27-36; Heberer, a.a.O., S.4-23; Rüdiger Machetzki, "Schattenseiten" in China: Eine Gesellschaft erwacht", in: C.a., 1993/9, S.906-17; David Lampton, "Breaking Down China's Ruling Cliches", in: AWSJ, 20.10.93.
- 23) Vgl. Heberer, a.a.O., S.11ff.
- 24) Ebd., S.12.
- 25) Xiao Xinhuan (Hrsg.), *Bianqian zhong Taiwan shehui de zhongchan jieji* (Der Mittelstand in einer sich wandelnden taiwanesischen Gesellschaft), Taipei 1990, passim.
- 26) Machetzki, "Schattenseiten", a.a.O., S.915.
- 27) Vgl. Lampton, a.a.O.
- 28) Zwei in den USA ausgebildete, chinesische Sozialwissenschaftler, Wang Shaoguang und Hu Angang, verfaßten den Akademie-Bericht, der 1994 im Volksverlag Liaoning erscheinen soll: "Die Führungsrolle der Zentralregierung während des Übergangs zur Marktwirtschaft stärken", zit.n. IHT, 21.9.93; *Focus*, 1993/39, S.202-3; SCMP, 27.1.94. Die Studie des IISS steht ebenfalls zur Veröffentlichung an, vgl. Gerald Segal, "Governing China with a Wink and a Nod", in: AWSJ, 13.10.93.
- 29) Vgl. Machetzki, "Wirtschaft", a.a.O., S.773.